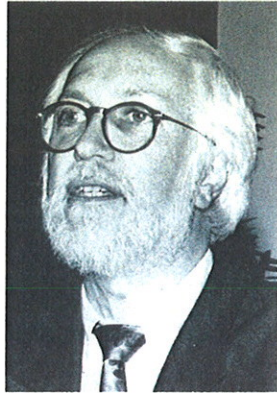


Ist Deutschland ein Einwanderungsland?

Die CSU erklärt in ihren Eckpunkten zur Bundestagswahl auch: „Deutschland und Bayern sind kein Einwanderungsland.“ Von Politikern anderer Parteien und von Kirchen – u.a. vom bayerischen Landesbischof Hermann von Loewenich („ein Faschingscherz“) – wurde diese Feststellung schon im Vorfeld kritisiert. Bischöfin Maria Jepsen schloß sich jetzt einer auch dagegen gerichteten Prominenteninitiative an.

PRO

*Oberkirchenrat
Martin Affolderbach
(Hannover),
Referent
der EKD für
Ausländerfragen*



In den zurückliegenden Jahrzehnten hat es einen neuwertigen Zuzug von Menschen aus verschiedenen Regionen, insbesondere dem Mittelmeerraum und dem Osten, nach Deutschland gegeben. Sie leben heute zu einem hohen Anteil auf Dauer hier und sind in das gesellschaftliche Leben integriert. Insofern ist Deutschland ein Einwanderungsland. Natürlich ist Deutschland kein Einwanderungsland wie es die USA, Kanada und Australien früher waren. Doch die Zuwanderungspolitik dieser Staaten hat sich gewandelt und ist unserer Situation ähnlicher, als manche behaupten. Der Begriff des „Einwanderungslandes neuen Typs“ (s. das Gemeinsame Kirchenwort zur Migration) trifft nicht nur auf Deutschland zu.

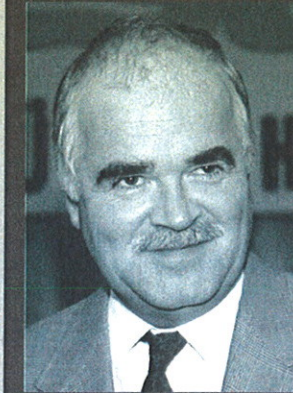
Es gibt vor allem drei Gründe für mein Plädoyer: **1.** Wir brauchen eine unvoreingenommene und positive Anerkennung der Tatsache, daß aus der in den 50er und 60er Jahren bewußt gewollten Anwerbung von „Gastarbeitern“ eine Zuwanderung geworden ist. Sie hat völlig unabhängig von dem zahlenmäßigen Anteil von (ehemaligen) Ausländern unsere gesellschaftliche Wirklichkeit als eine kulturell plurale geprägt und wird sie prägen. **2.** Die Freizügigkeit innerhalb der EU, die ebenfalls politisch gewollt und ökonomisch sinnvoll ist, macht Arbeitsmigration für viele zur Normalität. **3.** Grenzüberschreitende und internationale Zusammenarbeit ist in vielen Bereichen heute selbstverständlich und notwendig. Diese Entwicklung wird sich zweifellos weiter verstärken.

Von Zuwanderung zu reden, ist nicht identisch mit einem Plädoyer für in jeder Hinsicht offene Grenzen. Es geht vielmehr darum, Migration und Zuwanderung positiv und zukunftsorientiert zu gestalten und insbesondere jungen Menschen mit ihren Chancen, aber auch ihren Problemen vertraut zu machen. Migration und Zuwanderung als Tatsachen zu bestreiten, ist keine akzeptable Strategie.

Durch die fortschreitende Globalisierung wird Zuwanderung zur Normalität.

KONTRA

*Peter Gauweiler
(München), Bezirksvorsitzender der CSU München und Mitglied des Evangelischen Arbeitskreises der CSU*



Beleg

Der Vorschlag, Deutschland auf Dauer in ein Einwanderungsland umzuwandeln, ist unsinnig. Auch wenn die Forderung von einem Bischof vertreten wird, ist sie im günstigsten Fall nicht zu Ende gedacht. Deutschland ist bereits das dicht besiedelteste Land Europas: auf einem Quadratkilometer leben in der Bundesrepublik doppelt soviel Menschen wie z.B. in unserem Nachbarland Frankreich. Hinter dem Vorschlag steckt die Tendenz, daß das europäische Deutschland sich aufgeben soll.

Anfang der 80er Jahre lebten in der alten Bundesrepublik rund 4,5 Millionen Ausländer, die damals einen Bevölkerungsanteil von 7,5% ausmachten. Diesen Ausländeranteil hielt die damalige Bundesregierung von SPD und FDP für schon hochproblematisch und beschloß am 11. November 1981: „Es besteht Einigkeit, daß die Bundesrepublik Deutschland

kein Einwanderungsland ist und auch nicht werden soll. Das Kabinett ist sich einig, daß für alle Ausländer außerhalb der EG ein weiterer Zuzug unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten verhindert werden muß.“ In den letzten Monaten seiner Amtszeit, im November 1981, hat Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) folgendes erklärt: „Mit weit über vier Millionen Ausländern ist die Aufnahmefähigkeit der deutschen Gesellschaft erschöpft, wenn nicht ganz große Probleme entstehen sollen.“

Heute ist diese Zahl auf über sieben Millionen Ausländer angestiegen. In den 90er Jahren hatte Deutschland mehr Menschen zusätzlich aufgenommen als die Einwanderungsländer USA, Kanada und Australien zusammen. Wer die ganze Welt umarmen will und die eigenen Menschen dabei vergißt, handelt mit einer nur selektiven Moral, auch wenn er das Gegenteil behauptet. Man muß also Widerspruch anmelden. Glücklicherweise ist es nicht evangelisch, vor dem Bischof zu verstummen.

Wer die ganze Welt umarmen will, vergißt die eigenen Menschen.